

Miteinander statt übereinander reden

Positive Bilanz in Ebersberg zum Runden Tisch Landwirtschaft und Naturschutz

Ebersberg Erfolgreiche Ergebnisse hat der „Runde Tisch Landwirtschaft“ erarbeitet, den der Ebersberger Landrat Robert Niedergesäß bereits 2014 ins Leben gerufen hat. Ziel war ein wechselseitiger Dialog im Spannungsfeld zwischen landwirtschaftlicher Flächennutzung und Naturschutz. Immer wieder kam es zuvor zu Konflikten und Problemen zwischen den Interessen der Landwirtschaft und denen des Naturschutzes.

„Ich bin allen Teilnehmern am Runden Tisch sehr dankbar für die konstruktive Diskussion der letzten Jahre und die Ergebnisse, die sicher sehr hilfreich für die zukünftige Zusammenarbeit sein werden“, lautet das nunmehr gezogene Fazit des Landrats. Es habe sich gezeigt, dass sich im Gespräch mit allen Beteiligten leichter Lösungen finden lassen, weil die unterschiedlichen Standpunkte direkt verhandelt werden können. „Das war dem besseren Verständnis für die jeweils andere Sicht sehr zuträglich“, so Niedergesäß.

Dessen Aussagen bestätigt auch der Ebersberger BBV-Kreisobmann Franz Lenz: „Der Runde Tisch läuft gut und ist eine tolle Geschichte.“ Von Vorteil sei der gegenseitige Informationsaustausch auf kurzem, di-

rektem Weg. Anstehende Probleme könnten in Anwesenheit des Landrats mit den Fachabteilungen besprochen werden. „Es ist eine konstruktive Zusammenarbeit“, so Lenz, „aber natürlich können nicht alle Probleme gelöst werden.“ Schließlich müssten sich auch Ämter an bestehende Rechtsgrundlagen halten.

Am Runden Tisch mitgearbeitet haben Vertreter des BBV, des AELF, der Unteren Naturschutzbehörde (UNB), des Sachgebietes Staatliches Abfallrecht, Immissionsschutz am Landratsamt, des Naturschutzbeirates, der Waldbesitzervereinigung, des Landschaftspflegeverbandes und der Gemeinden. Zusammen mit einem Schreiben des Landrates haben alle Land- und Forstwirte im Landkreis den ausführlichen Abschlussbericht kürzlich über den Bauernverband erhalten.

Darin sind aktuelle Kernthemen für potenzielle Konflikte und die dazu gefundenen Lösungen zusammengefasst. Ein Beispiel ist der Waldwegebau. Hier hat man vereinbart, dass grundsätzlich nur in einer Anlage aufbereitete und güteüberwachte Recyclingbaustoffe für neue Waldwegebaumaßnahmen verwendet werden. Ein weiteres Beispiel ist das Aufbringen von Oberboden zur



FOTO: MARTINA FISCHER

Kreisobmann Franz Lenz lobt die konstruktive Arbeit bei den Gesprächsrunden.

Bodenverbesserung auf landwirtschaftlich genutzte Flächen. Dabei ist man übereingekommen, dass reine Moorböden grundsätzlich nicht mit mineralischem Boden verbessert werden sollen.

Ausgleichsflächen sind ein anderes Thema, das Konflikte in sich birgt. Hier hat die UNB mit der sogenannten „Produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahme“ ein Programm ins Spiel gebracht, bei dem die Umnutzung landwirtschaftlicher

Produktionsflächen bei Ausgleichsmaßnahmen künftig reduziert werden kann. Klargestellt wurde zum Beispiel auch, dass es weder im Interesse der Landwirtschaft noch der UNB liegt, hochwertige landwirtschaftliche Flächen als Ausgleichsflächen heranzuziehen.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass der Landkreis künftig das Vorkaufrecht für den Naturschutz nur äußerst zurückhaltend und nur in besonderen Einzelfällen ausüben, aber mit den Beteiligten ins Gespräch kommen möchte, um etwa eine naturschutzfachliche Aufwertung des Grundstückes einvernehmlich zu erreichen. Feldgehölze, Rand- und Ackerstreifen, Pferdekennezeichnung, Verbrennung von Schnittgut und Grabenräumung standen ebenfalls auf der Tagesordnung. Zu allen Themen gibt es Infos bei der Unteren Naturschutzbehörde (www.lra-ebe.de in der Rubrik „Bau und Umwelt“. E-Mail naturschutz@lra-ebe.de).

„Ein gutes und kommunikatives Miteinander ist die beste Grundlage für eine gelungene Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz“, so der Landrat. Man sollte zusammenarbeiten und miteinander statt übereinander reden. „Alle Teilnehmer haben den hohen Wert dieses Dialogs gewürdigt, und so soll der Runde Tisch auch künftig mindestens ein Mal im Jahr stattfinden, um aktuelle Probleme oder neue Herausforderungen gemeinsam anzugehen und im Gespräch zu bleiben.“ ■

Berliner Gesellschaft neuer Abnehmer für Biomilch

Petting/Lks. Traunstein Das 2012 definierte Ziel war ambitioniert: 20 % aller bayerischen Landwirte sollten bis 2020 ökologisch wirtschaften. Das war die Idee hinter dem Projekt „Bioregio“ von Staatsminister Helmut Brunner. Inzwischen liegt die Zielmarke nur mehr bei einer Verdopplung des Niveaus von 2013, was im Ergebnis zwölf Prozent Biobetriebe bedeuten würde.

Eine der Hürden auf diesem Weg war Thema beim Umstellerstammtisch in Petting: fehlende Verarbei-

ter für Biomilch. Nun hat die Milcherzeugergemeinschaft Traunstein zusammen mit der MEG Rosenheim einen neuen Abnehmer aufgetan: die Berliner Milcheinfuhrgesellschaft (B.M.G.)

„Ein Betrieb wird dann umstellen, wenn er einen Abnehmer hat“, weiß Paul Obermeier. Als Vorsitzender der MEG Traunstein war er auf der Suche nach Abnehmern für Biomilch, deren Preis bislang – anders als für konventionell produzierte – auf höherem Niveau relativ stabil blieb.

Im Januar 2016 stoppte die Molkerei Berchtesgadener Land in Piding vorerst die Aufnahme weiterer Lieferer. Ab Februar unterzeichnete die Molkerei Scheitz in Andechs keine neuen Verträge mehr, weil Umstellbetriebe neu hinzugekommen waren, aber auch weil bisherige Mitgliedsbetriebe aufgrund der großen Nachfrage in den vergangenen Jahren mehr Biomilch erzeugten.

„Auf der Nachfrageseite schaut es bis jetzt gut aus, der Biomilchmarkt wächst“, berichtete Marlene Berger-Stöckl den zahlreich erschienenen Bauern. Die Nachfrage habe binnen eines Jahres um elf Prozent angezogen. Die Geschäftsleiterin der Ökomodellregion (ÖMR) Waginger Seerupertwinkel weiß, dass sowohl Fläche als auch Bioproduktion im Nachbarland Österreich etwa auf doppeltem Niveau liegen. „Es ist also Luft nach oben“, so Berger-Stöckl, die hofft, Angebot und Nachfrage hierzulande mögen sich nach österreichischem Vorbild steigern.

Dazu braucht es Perspektiven für die Milcherzeuger. Bei der Waginger Bergader Molkerei beispielsweise liege allerdings „Bio derzeit auf Eis“, so Obermeier, der sich daher für die heimischen Betriebe freut über den Vertrag mit der Berliner Ge-

sellschaft. Die betreibt keine Molkerei, sondern ist eine reine Handelsgesellschaft. Deren Volumen liegt bei über 1 Mrd. kg/Jahr. Laut Obermeier wird der bayerische Durchschnittspreis für Biomilch in Höhe von knapp 50 ct bezahlt, die Sammlung erfolgt zweitägig.

Wermutstropfen sind für den Vorsitzenden die derzeit langen Transportwege, die nicht im Sinne eines Bioerzeugers sein könnten. Zudem gibt es Abzüge von 4 ct/kg, wenn die Fracht weiter als 280 km gefahren wird, und 6 ct., falls sie mehr als 680 km unterwegs ist. „Wir haben momentan keine andere Möglichkeit“, betonte Obermeier, der einerseits zuversichtlich ist, dass sich die Transportwege bald verkürzen mögen, und andererseits hofft, dass mit diesem Vertrag wieder „Bewegung reinkommt“ in den heimischen Biomilchmarkt. Seit Januar besteht nun die Möglichkeit für Chiemgauer und Rupertiwinkler Betriebe mit gültigem Bio-Verbands-Zertifikat sich anzuschließen.

Für die konventionell erzeugte Milch erwartet Obermeier im Jahr 2018 wieder rückläufige Preise. Wobei die Landwirte aber durchaus eine Gegensteuerungsmöglichkeit in der Hand hätten: „Würde jeder nur ein paar Prozent weniger Milch produzieren, der zu erzielende Preis wäre deutlich höher.“ **Hannes Höfer**



FOTO: HANNES HÖFER

Berichteten über neue Perspektiven: (v. l.) die Geschäftsleiterin der Ökomodellregion Waginger See-Rupertiwinkel Marlene Berger-Stöckl und Traunsteins MEG-Vorsitzender Paul Obermeier.